



Bürgerinitiative Keine Forensik auf Lichtscheid

Presseerklärung vom 9.12.2016

BI überrascht über Gerüchte zur weiteren polizeilichen Nutzung an der Müngstener Straße

Keine Auswirkungen auf Forensik-Planung in Wuppertal

Wuppertal, 9.12.2016 – Die Bürgerinitiative Keine Forensik auf Lichtscheid ist von den möglichen Plänen der Polizei, das Gelände an der Müngstener Straße weiter zu nutzen, ebenso überrascht wie die Lokalpolitik. Hier zeigt sich erneut das gegenüber der Kommune intransparente Vorgehen der Landesbehörden, das bei der Bevölkerung Verunsicherung und Unverständnis erzeugt. Allerdings sind noch viele Jahre Zeit, die Folgenutzung des Geländes in Ruhe zu klären. Die BI favorisiert dabei die Nutzung als Wohngebiet. Eine Auswirkung auf die Wuppertaler Forensik-Planung besteht nicht, die Stadt favorisiert ohnehin die Kleine Höhe als Standort. Ministerin Steffens muss allerdings ihre Ambitionen auf Lichtscheid beerdigen.

Noch im April hatten die zuständigen Landesbehörden gegenüber der BI Keine Forensik auf Lichtscheid eine weitere polizeiliche Nutzung des Geländes an der Müngstener Straße ausgeschlossen. Jetzt scheint es doch konkrete Überlegungen zu geben, das Gelände für Trainingszwecke zum größten Teil weiter zu nutzen. Als problematisch kritisiert die Bürgerinitiative Keine Forensik auf Lichtscheid, dass offenbar die Lokalpolitik erneut vom Land übergangen und nicht in die Pläne einbezogen wird. Ministerin Steffens hatte vor einigen Jahren mit ihren Forensik-Plänen die Stadt ebenfalls vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die Bürgerinitiative geht aber davon aus, dass alle Fragen zur Folgenutzung des Geländes der Bereitschaftspolizei in Ruhe geklärt werden können. Dafür ist mehrere Jahre Zeit. Laut Informationen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW wird der Auszug der Bereitschaftspolizei ohnehin erst 2022 beginnen, mit offenem Ende. Vor 2023 steht das Gelände auch bei optimistischster Schätzung ohnehin für keine Folgenutzung zur Verfügung.

„In Bezug auf die Forensik-Frage ändert sich für Wuppertal gar nichts. Da die Plätze hier schnellstmöglich benötigt werden, würde ein Festhalten an Lichtscheid als Forensik-Standort ein Schieben auf die lange Bank bedeuten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das für das Gesundheitsministerium eine ernsthafte Option ist. Die gewerbliche Baufläche an der Kleinen Höhe steht dagegen ja unmittelbar zur Verfügung.“, kommentiert Georg Weber von der BI. *„Sollte Frau Ministerin Steffens allerdings doch noch mit Lichtscheid als Forensik-Standort liebäugeln, muss sie jetzt wohl ihre Pläne begraben.“*

Für die Bürgerinitiative bleibt die geplante Wohnbebauung an der Müngstener Straße die beste Option. Die kann allerdings nur realisiert werden, wenn die Polizeibehörden das Gelände nicht mehr benötigen.

„Wir gehen davon aus, dass der Oberbürgermeister Mucke, die Stadtverwaltung und der Stadtrat sowie die Wuppertaler Landtagsabgeordneten sich weiterhin für eine Wohnbebauung einsetzen werden. Dabei wird es sicher Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgervereine geben, sich in die Planungen konstruktiv einzubringen.“, erläutert Weber.